

OSTNACHRICHTEN

Unparteilich, überparteilich und gemäss dem in der Zehnjährigen Wahlperiode der Zehnjährigen Zeltschrift über alle pluralistischen politischen Oppositionsbewegungen in Mitteleuropa

Nr. 3/4 (40/41)
1. April 1986

Impressum:
Herausgeber, Eigentümer und Verleger:
Algis Klimaitis, A-1130 Wien,
Redaktion:
1070 Wien, Andreasgasse 9

Bulgarien vor dem XIII. Parteitag

von Stefan Tabakoff

Die Plenartagung des Sowjet-XXVII. Parteitages in Bulgarien am 2. der 13. Parteitag der öffnet. Als treuester des Kreml hält das unter Todor Schiwkoff ste sein KP-Treffen Reihe des diesjährigen tage-Reignis unter Ostblockstaaten ab-

ff hat in den letzten mit Hektik dafür dass das kommunistische Ereignis nicht üblichen Überraschungen werden sollte. Gedurchgeisterten seit vergangenen Jahres die höheren Parteiende seit 32 Jahren nde Parteichef abwerde - offiziell aus neitlichen Gründen.

Januar aber brach Schaltstellen der in Sofia hektisches aus. Am 25.1.86 das Zentralkomitee pend für eine zwei-Sitzung einberufen. eifen kostete zwei, n sehr einflussreichen chiks ihre Politbüro- Das ZK- und Polit-

büromitglied Todor Božinov (55) sowie der Politbürokandidat Stanish Bonev (55) wurden abgesetzt.

An ihre Stelle rückten Stojan Markov (54) und Tschudomir Alexandrov (50), die als die neuen "starken Männer" und die verlängerten Arme Michail Gorbatschows in Sofia gelten. Alexandrov wurde als Vollmitglied in das höchste Parteipremium berufen und zum Ersten Sekretär des ZK bestimmt.

Ebenso überraschend fand am 27. Januar eine Sitzung der Volksversammlung statt. Eine umfassende Tagesordnung wurde in nicht einmal einer Stunde durchgepeitscht.

Ausser zahlreichen personellen Veränderungen wurden auch eine Reihe struktureller Neuorganisationen beschlossen.

So löste die Volksversammlung die nationale Plankommission des Ministerrates und sechs weitere Ministerien und Staatskomitees auf: die Staatskomitees für Binnenhandel, für Wissenschaft und Technik sowie für die Produktion und den Handel mit Konsumgütern und schliesslich die Ministerien für Bauten, Aussenhandel- und Wirtschaft fielen den Reformplänen Schiwkoffs zum Opfer.

Stattdessen wurden drei neue Staatskomitees für Wirtschaft, für Kultur, Wissenschaft und Erziehung, sowie für soziale Angelegenheiten gebildet. Sie werden von Ognjan Doinov (Wirtschaft), Georgi Jordanov (Kultur, Wissenschaft und Erziehung) und Georgi Karamanev (Soziales) geleitet. Der grosse Star der neuen Regierungsmannschaft ist zweifellos der Politbüro-Kandidat Stojan Markov: neben dem Posten als Erster Stellvertreter der Ministerpräsident übernahm

er auch noch die Leitung des Staatskomitees für Forschung und Technologie.

Am 21. Februar schliesslich wurde erneut das Plenum des ZK zu einer Sitzung, diesmal in der Schiwkoff schen Residenz "Bojana" einberufen. Dabei wurde das Programm des bevorstehenden Parteitages für die kommenden fünf Jahre und bis zum Jahr 2000 verabschiedet.

Auffallend an dem neuen BKP-Thesepapier ist, dass die Rolle der Kommunistischen Partei als erste Kraft im Staat mit besonderem Nachdruck betont wird. Wirtschaftliche Effizienz und Modernisierung sowie die Vergütung der bulgarischen Bevölkerung und des gesamten gesellschaftlichen Lebens unter die Führung der Partei sollen eine Phase der Erneuerung und Prosperität einleiten. Die Parallelen zu Gorbatschows Reformkurs in Moskau sind nicht zu übersehen. Von tiefgreifenden Reformen und einer Lockerung der straffen zentralistischen Planung, mit der den Bulgaren ein Ansporn zu mehr Selbstinitiative und -verantwortung geboten werden könnte, kann allerdings kaum gesprochen werden.

Vielmehr deutet die überhastete Reformwelle der vergangenen Wochen auf ein Grossreinemachen hin, bevor Moskau seine eigenen "Besen" einsetzen könnte. Immerhin hatte der übermächtige "Grosse Bruder" dem Schiwkoff-Regime in den vergangenen Monaten wiederholt zu verstehen gegeben, dass die Kreml-Herren mit seiner Politik nicht mehr einverstanden seien. Gorbatschow zeigte sich bei den zwei Zusammentreffen mit Todor Schiwkoff betont distanziert. Nach dem War-

schauer-Pakt-Treffen vor dem Genfer Gipfel am 24. und 25. Oktober des Vorjahres, bei dem Gorbatschow auch einen kurzen, kritischen Blick auf die bulgarische Wirtschaftssituation warf, verweigerte der Kremlchef auf dem Sofioter Flughafen seinem Gastgeber sogar den obligaten Bruderkuss.

Die Spannungen zeichneten sich aber bereits viel früher ab, als Schiwkoff bei einem Kurzbesuch in Moskau im Mai 1985 scharfe Kritik an seiner Wirtschaftspolitik einstecken musste. In einem Interview mit der Wochenzeitung "Pogled" nahm kurze Zeit später der sowjetische Botschafter in Sofia, Grewow, die bulgarische Arbeiterschaft aufs Korn. Deren Arbeitsproduktivität sei zwei bis drei Mal geringer als die der Sowjetunion. Das Land sei zwar mit teuren Maschinen ausgestattet, diese würden aber nur zu 15 Prozent ausgelastet, kritisierte der Kreml-Botschafter.

Bulgarische Arbeiter verwendeten "zuviel Zeit und Energie" für private Zwecke, wie etwa ihre "Gärten", und überhaupt fehle den Werkträgern das "problematische Bewusstsein". Grewows Äusserungen wurden als Warnschuss Gorbatschows gegen Schiwkoff verstanden, denn bislang ist kein ähnlicher Fall bekannt, dass ein Sowjetbotschafter in breiter Öffentlichkeit dermassen scharf gegen die Führung des "treuesten" Satellitenstaates auftrat und sich direkt in die inneren Angelegenheiten einmischte.

Die Unzufriedenheit Moskaus mit dem bulgarischen Wirtschaftsaustausch bekam die Bevölkerung am eigenen Leib recht kräftig zu spüren. Denn der "Grosse Bruder" hat in den vergangenen ein- einhalb Jahren die Gas- und Öllieferungen radikal

Forts. n. 5.

LESER AUSGABE

13. Parteitag	S. 1
Die SPD sich selbst	S. 2
... 7	
Konkurs mit	S. 3
neues zu Stalin	S. 4
Stellungnahmen:	
in Nicaragua	S. 5
Kampf um	S. 6
Kulturproteste	S. 8
programmatisches	S. 9
arbeiten	
denken nach dem	S. 10
er Forum	
Jan Jaroslav Seifert	S. 12

gedrosselt und damit das Land in eine katastrophale Energiekrise gestürzt. Strom und Gas konnte an Haushalte bisweilen nur für zwei bis drei Stunden pro Tag geliefert werden, Heizöl wurde überhaupt nicht zum Verkauf angeboten und weite Teile der Industrie waren zeitweise völlig kaltgestellt.

Mit der Verlautbarung des neuerstellten Programmes können die Vorbereitungen zum 13. Parteitag als abgeschlossen gesehen werden. Wie politische Beobachter meinen, wird die Parteiversammlung aller Voraussicht nach nicht viel Neues bieten. Die grossangelegten personellen und strukturellen Verände-

rungen hat Schiwkoff in letzter Minute durchgezogen und damit - vielleicht in allerletzter Sekunde - seinen Kopf aus der vom Kreni ausgelegten Schlinge ziehen können. Für die Bulgaren bedeutet dies allerdings, dass sich an ihrer Situation auch über den Parteitag hinaus wenig ändern wird,

zumal Schiwkoffs vors Versuche, innerhalb schmalen Rahmens de Moskau gestatteten M keiten, dem Land seine nalen Eigeninteresse bewahren, als endgülti scheidert gesehen v müssen.

International:

Verrät die SPD sich selbst und Europa

Vladimir Pilman

Die bundesdeutschen Sozialdemokraten haben im Hinblick auf die kommenden Bundestagswahlen nicht nur eine innenpolitische Diskussion ausgelöst, sondern vor allem die "deutsche Frage" in einen schwammigen Begriff der "Sicherheitspartnerschaft" in Europa verpackt. Damit scheint zumindest in massgeblichen Kreisen der SPD eine aussen- und deutschlandpolitische Wendung einzutreten, welche auch die Interessen der unterdrückten Völker Mittel- und Osteuropas stark berührt.

In seinem Bericht "Zur Lage der Nation" vom 16. Januar 1970, welche die Deutschlandpolitik der regierenden SPD einläutete und welche schliesslich am 3. September 1971 zu den Berlin-Abkommen sowie zu den vor genau 10 Jahren, am 17. März 1976, unterzeichneten deutsch-polnischen Verträgen geführt hatte, erklärte der damalige Bundeskanzler Willy Brandt in der Einführung seines Berichtes:

"Das Bemühen, im Interesse des Friedens, der Menschen und der Nation bessere Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland zu erreichen, kann nur erfolgreich sein, wenn die grundsätzlich unvereinbare gesellschaftliche und politische Entwicklung hüben und drüben nie ausser acht gelassen wird".

Diese Unvereinbarkeit der beiden politischen Systeme im geteilten Deutschland definierte Konrad Adenauer treffend in seinem Buch "Erinnerungen 1945 - 1953: 'In der Sowjetzone gab es keinen freien Willen der deutschen Bevölkerung. Das, was dort geschah, wurde nicht von einer freien Bevölkerung getragen und damit legitimiert. Die Bundesrepublik Deutschland dagegen stützt sich auf die Anerkennung durch den frei bekundeten

Willen von rund 23 Millionen stimmberechtigter Deutscher."

Die SPD hält sich diesen Grundsatz und die frühere Aussage des ehemaligen Regierungschefs und heutigen Parteichefs nicht mehr vor Augen und verhandelt in "Sicherheitsfragen" mit der SED und deren Parlamentariern wie mit einer gleichberechtigten, das heisst auch gleich legitimierten Parlamentariergruppe der "Volkskammer".

Brandt als Wanderer zwischen zwei Welten?

Das berühmt gewordene und umstrittene Bülow-Papier wurde bisher sehr stark unter dem Aspekt der Bündnisverpflichtung betrachtet. Zu Recht, denn sollten sich die Ansichten des Herrn von Bülow innerhalb der SPD und einer späteren - möglichen - sozialdemokratischen Regierung durchsetzen, bedeutete dies die schwerste Belastung für das westliche Verteidigungsbündnis.

Des Wortbruchs kann man Willy Brandt jedoch bereits heute fast schon bezichtigen, denn er hat in verschiedenen Aussagen seine zunehmende Amerikafeindlichkeit erkennen lassen, und im Zusammenhang mit der SDI-Initiative die "Berechenbarkeit der Politik der USA" angezweifelt. Zudem erfüllte von Bülow einen Auftrag des Parteitages von 1984, der unter Brandts Verantwortung stand. Man muss den heutigen SPD-Chef an seine Äusserungen in der erwähnten Rede zur Lage der Nation erinnern: "Die Bundesrepublik Deutschland ist kein 'Wanderer zwischen zwei Welten'. Ohne den Hintergrund und die Sicherheit bewährter Freundschaft und bewährter Bündnisse könnte es einen aktiven deutschen Beitrag zur Entspannungspolitik geben."

Doch genau dieses klare Bekenntnis zu den Bündnisverpflichtungen wird durch die neue SPD-"Sicherheitspolitik" in Frage gestellt.

Wird aber hier mit dem Wortbruch zumindest geliebäugelt, wie soll dann heute für die Völker Mittel- Osteuropas jener Satz klingen, der ihnen schliesslich auch in der Unterzeichnung der KSZE-Verträge eine gewisse Hoffnung gab, und der sich ebenfalls in jener Rede vor dem Bundestag befand: "Es geht also darum, Wirklichkeiten und Realitäten zuerkennen und zu respektieren - dies nicht etwa gar, um bestehendes Unrecht resignierend hinzunehmen, sondern um sehr realitätsbezogen unseren Beitrag dazu zu leisten im Laufe der Jahre, dass den Grenzen in Europa der Charakter des Trennenden genommen wird."

Wie anders klingt aber der Punkt 5 der 14 Thesen der Frankfurter Arbeitsgruppe mit der Überschrift "Wider die abgrundtiefe Denkfaulheit", der vom heute sehr starken linken Parteiflügel formuliert wurde, und in dem es unter dem Titel "Souveränität der Bundesrepublik Deutschland" heisst: "Erste Voraussetzung für eine europäische Friedensordnung ist die Anerkennung der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und der bestehenden Grenzen. Eine von allen Partnern akzeptierte europäische Friedensordnung ist nur auf der Basis zweier deutschen Staaten denkbar. Der Verzicht auf eine staatliche Einheit Deutschlands ist gleichzeitig die Voraussetzung für die volle Souveränität der Bundesrepublik Deutschland. Erst die volle Souveränität befähigt die Bundesrepublik Deutschland, ihre Interessen an Frieden und Sicherheit in einem Prozess der Auflösung der Militärblocke und des Aufbaus

eines kollektiven Sicherheitsystems für Europa wahrzunehmen."

Es stellt sich die Frage wie weit dieses Ende präsentierte Papier die tige offizielle Sicherheitspolitik der SPD vor So schreibt die "Neue Zeitung" vom 21./22. September 1985 in Bezug auf Bülowpapier und die "Sicherheitsüberleg der SPD", zu denen das 14-Punkte-Thesen zählen muss.

"Mit dem Rezept á la lässt sich in der Bundesblick sicher keine Me gewinnen. Die Tendenz ist durchaus populär wird verstärkt durch nationalen Grundgeder sich auch auf die erstreckt. Die beiden schen Teilstaaten auf Gefahrenezone des Ost Konflikts herauszub ist nicht nur eine pa inspirierte, sondern nationale Regung. Ihr über verblisst das Bewe des Gegensatzes der Sy während die eigene E) und jene der DDR als Machtkampf zweier mächte gleichermasser droht empfinden we

Mittleuropa und die deutsche Frage

Die deutsche Frage b natürlich die unterdr Völker im gleichen wie ganz Europa über Die Angst vor einem A von Deutschland aus, dies gerade im Falle und der Tschechoslo im letzten Weltkrieg Fall war, dürfte heu Osteuropa kaum mehr v sein, nicht so sehr des Bestehens zweier scher Staaten, sondern die Bundesrepublik De land heute auf einer st demokratischen Regier form aufgebaut und

in das westliche Verteidigungs- und Wertgefüge verankert ist. Die DDR wird von den meisten Slawen mit grösserem Misstrauen betrachtet als die BRD.

Wird nun in der Bundesrepublik Deutschland und vornehmlich der SPD das Verteidigungsbündnis diskutiert, und die USA auf die gleiche Ebene gestellt wie das imperialistische Sowjetrußland, vergisst man jenes Wertebündnis, das die in Freiheit verbliebenen Deutschen mit den Alliierten eingegangen sind. Der CSU-Politiker Alois Mertes schreibt in einem 1979 herausgegebenen Aufsatz über "Wandlungen im Kommunismus - Konsequenzen für die deutsche und europäische Politik": "Wir wären auch unglaublich in unserer europäischen und in unserer Bündnispolitik, wenn wir Deutschen jenseits der Machtgrenze, die willkürlich durch Deutschland gezogen worden ist, zynisch sagten, sie hätten eben vor der Geschichte Pech gehabt und seien nun abgeschrieben."

Doch genau das sagt uns die SPD, indem sie in einem Theoriepapier erklären läßt, dass eine erste Voraussetzung für eine europäische Friedensordnung "die Anerkennung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges" sei.

Zu diesen Ergebnissen gehört auch die Unterdrückung der mittel- osteuropäischen Völker, für welche die Deutschen unmittelbar verantwortlich zu machen sind. Sowohl Polen wie auch die Tschechoslowakei und die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen, waren vor dem Zweiten Weltkrieg unabhängige Länder.

Der deutsche Expansionismus hatte für die heutigen Verhältnisse die Voraussetzungen geschaffen. Dies scheint die SPD scheinbar, um die Haut der Deutschen zu retten, allzu gerne zu vergessen. Die moralische Verpflichtung des frei gebliebenen Teiles Deutschlands, welche laut Mertes auch politisch an den Trias "Freiheit, Nation und Europa" zu messen seien, ist und bleibt auch eine moralische Verpflichtung gegenüber den unterdrückten Völkern Europas. Diese moralische Verpflichtung erstreckt sich auch auf die Wahl der "Partner" im künftigen Europa.

Die Partnerwahl der SPD fällt heute eindeutig auf die gegenwärtigen Regime der Sowjetunion und deren Satelliten, die bar jeglicher vom Volk gewährten Legitimität sind und sich nur auf Waffengewalt stützen. Dass diese Regime bereit wären, sich gerade dieser bewaffneten Bedrohung nicht nur gegenüber Westeuropa und den USA, sondern auch gegenüber der eigenen Bevölkerung zu entledigen, ist eine gefährliche Illusion.

Der 1970 eingeschlagene Weg wäre in Verbindung mit den mit dem "Détente"-Verständnis der UdSSR gemachten Erfahrungen ein durchaus gangbarer Weg. Entspannung in Europa ist ein wünschenswertes Ziel, doch bislang wurde der Frieden auf unserem Kontinent auf dem Rücken von unterdrückten Nationen übertragen. Es müsste an sich eine europäische Erfahrung sein, was ein solcher Friede wert ist und wie lange er währt.

Die Erklärung der SPD und verschiedener westlicher Pazifistengruppen, dass die "bestehenden Grenzen" um des (recht faulen) Friedens Willen erhalten werden müssten, ist ein Befürworten der sowjetischen Macht in den freien Staaten Estland, Lettland und Litauen, das Todesurteil für die Nation der Ukrainer und anderer Nationen, welche unter russischer Herrschaft leben müssen.

In der Deutschlandfrage geht es nicht allein um das Sein oder Nicht-Sein eines oder zweier deutscher Staaten, sondern um die gesamte Ordnung in Europa, mit der heute der überwiegende Teil der Bevölkerung innerhalb des "sowjetischen Einflussbereichs" nicht einverstanden ist.

Richtig schreibt Mertes deshalb: "...Folgerung aus der Wertentscheidung für die rechtsstaatliche Freiheit und aus unserer historischen Erfahrung ist, dass man die wohlverstandenen nationalen Interessen Deutschlands nicht mehr aus dem europäischen Zusammenhang herauslösen kann" und "...Hier gibt es ein Europa, das man nicht gedankenlos mit dem Wort "Ostblock" kurzerhand und wie endgültig als einen Bestandteil des sowjetischen Machtbereichs begreifen darf."

Und dass diese klaren Feststellungen nicht allein auf der CDU-Seite erkannt wurden, beweist Brandt in seiner Darstellung zur Lage der Nation 1970, indem er in Bezug auf die Verhandlungen mit der DDR "unverzichtbare Orientierungspunkte" darstellt:

"1. das Recht auf Selbstbestimmung, 2. das Streben nach nationaler Einheit und Freiheit im Rahmen einer europäischen Friedensordnung", usw.

Die Frage 1986 - ein Jahr vor den Bundestagswahlen - stellt sich an die SPD und deren Vorsitzenden Brandt: "Wo sind diese Orientierungspunkte geblieben?"

Kurzmeldungen:

Verhaftungen und Hinrichtungen in Afghanistan

Westliche Diplomaten in Islamabad berichteten, dass 4 afghanische Armeegeneräle am 5.12.1985 im Verteidigungsministerium wegen Weitergabe von Informationen über sowjetische Truppenbewegungen an die Widerstandsbewegung, festgenommen wurden. Das sowjetische Militärkommando in Kabul war über diesen Zwischenfall sehr aufgebracht und ordnete an, dass in Zukunft kein Afghane länger als 4 Stunden im Vorhinein über sowjetische Truppenbewegungen informiert werden sollte.

Im Dezember 1985 wurden in der südafghanischen Stadt Khandahar 20 sowjetische Soldaten von ihren eigenen Kameraden hingerichtet, weil sie sich weigerten, gegen die Widerstandsbewegung zu kämpfen. Laut Samizdat-Kreisen sollen bereits seit Beginn der 80er Jahre 50 sowjetische Soldaten hingerichtet worden sein.

UNGARN

Konsens mit der Kirche in Ungarn?

Patriotische Volksfront will demokratisieren

Der Chefredakteur der aufgabenstarken "Magyar Nemzet", des Organs der "Patriotischen Volksfront", hat sich für eine umfassende Demokratisierung Ungarns ausgesprochen. Er erklärte dem evangelisch-lutherischen Pressedienst "IDL" in Budapest, bei diesem Prozess müssten alle guten Werte, die das Land im Laufe seiner Geschichte, die die

Menschlichkeit im Laufe der Jahrtausende erarbeitet hätte, "integriert und weiterentwickelt" werden. Auf dieser Grundlage, räumte er ein, könnte man auch mit religiös eingestellten Menschen eine gemeinsame Sprache finden, denn religiöses Leben und religiöse Ethik müssten in der gesellschaftlichen Situation Ungarns ihren Platz finden, in Anspruch genommen werden. So ließen sich auch ideologische Konflikte lösen.

Chefredakteur Istvan Soltesz forderte für den Demokratisierungsprozess rasche und glaubwürdige Information der Medien. Diese müssten mit den westlichen in einen Wettbewerb treten, was um so besser möglich sei, als dem Zugang der westlichen Medien nach Ungarn "keine Schranken gesetzt seien." Soltesz schränkte seine Vorschläge auf den Geltungsbereich Ungarn ein. Sein Land wolle den anderen sozialistischen Ländern damit kein Vorbild sein: "der Sozialismus in Ungarn spricht ungarisch." Auf die Religionsfreiheit angesprochen, meinte Soltesz, diese sei "selbstverständlich" gewährt, was ja durch die erfolgte Trennung von Kirche und Staat bewiesen sei. Die Kirche sei vom Staate lediglich dadurch abhängig, dass der Staat einen Teil der Besoldung der Geistlichkeit übernommen habe. Und

ein Teil der kirchlichen Institutionen werde öffentlich subventioniert. Es sei aber zu bezweifeln, dass dadurch Kollaboration oder gar Servilität von seiten der Kirche entstehe. Wenn Probleme entstehen, so offensichtlich nur durch menschliches Versagen: "wo ein ungeschickter Stadt-, Bezirks- oder Gemeindepräsident herrscht, ist die Lage der Kirche sicher nicht die beste", offenbarte Soltesz.

Soltesz' Zeitung, der "Magyar Nemzet", als ein Organ der "Patriotischen Volksfront" eine der auflagenstärksten und weitestverbreitetsten Zeitungen in Ungarn, bedient eine Organisation, in der neben Partei, Gewerkschaft, Kleingewerbe und Nationalitäten auch die grossen Kirchen Ungarns mitarbeiten.

(kipa/kpr/sc)

UdSSR:

Neue Variationen zum Thema Stalin

In seiner Rede im Mai 1985 anlässlich der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag des Sieges über die Deutschen sprach Gorbatschow - obwohl er die Führungsqualitäten Stalins erwähnte - von "verschiedenen Gründen", die die Sowjetunion unvorbereitet in den Krieg eintreten liessen.

Im September 1985 wurde in der Zeitschrift "Novyj mir" die Prosa- und Gedichtsammlung "Fuku" von E. Jewtuschenko veröffentlicht, die persönliche Eindrücke und Erlebnisse aus den Jahren 1953-85 zum Inhalt hat. Ohne den Namen Stalin zu erwähnen, erinnert er sich an Kolyma, dem grössten stalinistischen Lagerkomplex, und an seinen Streit mit einem Lastwagenfahrer von Kolyma, der "ein gewisses Portät" über seinem Rückspiegel im Auto hängen hatte. Ebenfalls im September brachte die "Pravda" ein Gedicht von Jewtuschenko,

das einige Themen seiner späteren Rede am Schriftstellerkongress im Dezember vorwegnahm: Zensur in Literatur und Kunst, der verderbliche Effekt der Kollektivierung, Lysenkos Theorien zur sowjetischen Landwirtschaft (Lysenko war Stalins "Botaniker) und die Kampagne gegen die Kybernetik.

Am 12.12.1985 hielt Jewtuschenko anlässlich des 6. Schriftstellerkongresses eine Rede, in der u.a. der Liquidation der Kulaken Ende der 20er/Beginn der 30er Jahre und der gnadenlosen Säuberung der Bolschewistischen Garde, der hohen Militärs und der Industriekader in den 30er Jahren gedachte. Die November/Dezember-Ausgabe 1985 der wissenschaftlichen Zeitschrift "Novaja i noveischaja istorija" brachte bisher noch nicht veröffentlichte Teile der Memoiren von Anastas Mikojan, der hohe Positionen unter Lenin,

Stalin, Chruschtschow und Breschnew innehatte, alle Säuberungsaktionen überlebte und friedlich 1978 starb. Die interessantesten Passagen darin behandeln den unvorbereiteten Kriegseintritt der Sowjetunion. Aus persönlichen Erleben beschreibt Mikojan etliche Fehler Stalins vor Kriegsausbruch, die den Leser nur folgern lassen können, dass Stalin selbst für die anfängliche Niederlage verantwortlich gewesen sei. Im Januar 1986 bezeichnet die "Pravda" in einem langen Artikel Jewtuschenkos Poem "Fuku" als ein "bemerkenswertes Ereignis" nicht nur in der sowjetischen Literatur, sondern auch im sowjetischen Leben.

Evgenij Jewtuschenko, der von manchen Kreisen im Westen fast als Kämpfer und Streiter gegen das Regime angesehen wird, ist in Wahrheit ein durchaus parteitreuer

Genosse, der immer nur das sagt, was die Regierung will. Nur ist er einen halben Schritt seiner Zeit voraus, er riskiert nichts: was er jetzt schreibt, sagt die Partei morgen. Zieht man alle Fakten und besonders die Persönlichkeit Jewtuschenkos, der übrigens in den letzten 20 Jahren nichts über die Stalin-Zeit geschrieben hat, in Betracht, entsteht vielleicht der Eindruck einer neuen De-Stalinisierungswelle.

Andererseits nimmt der Druck im System selbst und auf den einzelnen Menschen in allen Bereichen in letzter Zeit zu. Wie z.B. Jurij Below von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte in Frankfurt sagt, gibt es mehr Verhaftungen als früher - und man kann die De-Stalinisierung bezweifeln.

Edith Dürer-Worobjoff

Wie die Sowjets ihre politisch Andersdenkenden verurteilen

Veränderungen der Verurteilungen und Haftbedingungen

Jene Periode, als der KGB begonnen hat, gegen die Anhänger der demokratischen Bewegung zu kämpfen - oder wie man fälschlicherweise im Westen sagt: "Dissidenten" - kann man heute als "die gute alte Zeit" bezeichnen. Man wurde damals für etliche Jahre verurteilt; es war nicht gut im Gefängnis oder im Lager, aber man konnte genau den Zeitpunkt, wann man wieder frei sein würde. Wie lange man diese Freiheit geniessen konnte, hing von vielen Faktoren ab, aber man wurde zum versprochenen Termin entlassen. Ausnahmen dieser Regel waren sehr selten. Dies hat sich geändert. So wurde beispielsweise Anatoli Martuschenko im Jahre 1969 nach Artikel 190,1 (Verleumdung) wegen der Herausgabe seines Buches "Moi pokasania" (Meine Aussage) zu einem Jahr Lagerhaft für Kriminelle verurteilt. Alle "insider" waren erstaunt; erfahrungsgemäss hätte man dafür mehr bekommen müssen. Aber

sie waren nicht lange erstaunt: im Lager wurden ihm noch 2 Jahre angehängt. Zur Zeit ist er aufgrund seiner letzten Verurteilung zu 10 Jahren Lagerhaft und 5 Jahren Verbannung verurteilt.

Anfang der 70er Jahre wurden andere Urteile gefällt: Man bekam ebenfalls etliche Jahre, aber fast immer mit anschliessender Verbannung. Nicht nur aufgrund politischer, sondern - viel öfter verurteilte man politisch Andersdenkende aufgrund angeblich krimineller Vergehen. Man sass seine Jahre wie früher ab, aber ist nicht von seinen Freunden im Lager zu seinen Freunden in die Freiheit entlassen worden, sondern wurde in eine "Einöde", irgendwo nach Sibirien geschickt. Wenn die Zeit der Verbannung dann fast abgelaufen war, wurde sie verlängert, aber normalerweise wurde man dann nicht mehr aufgrund eines "politischen Vergehens", sondern eines kriminellen z.B. Rowdytum, Diebstahl etc. verurteilt; es findet sich immer etwas. Es gibt dafür schon unzählige Beispiele.

Besonders auffällig wurde diese neue Methode am Ende der Ära Breschnew praktiziert, als eigentlich nicht mehr er regierte, sondern der damalige KGB-Chef Andropow, der von einigen westlichen Medien fast wie ein Liberaler dargestellt wurde.

Seit September 1983 gibt es einen neuen Artikel im Gesetzbuch der UdSSR: "Ungehorsam gegen die Lagerverwaltung" (188,3). Da aus dem Gesetzestext dieses neuen Artikels nicht eindeutig hervor geht, was damit gemeint ist, dürfte es sich um einen neuen "Schikanen-Artikel" handeln, der je nach Bedarf angewandt wird. Ein Beispiel: der politische Gefangene Wladimir Poresch, Philologe und Historiker, der 199 in Leningrad zu 5 Jahren Lagerhaft und 3 Jahren Verbannung verurteilt wurde, ist gegen Ende seiner Lagerhaft nach Artikel 188,3 erneut angeklagt worden. Man hat ihn nicht einmal in die Verbannung geschickt. Sein "Ungehorsam" bestand darin, das er bei den täglichen Spaziergängen Nachrichten-

zetteln von seinem Hof zu seinen Kameraden auf den anderen Hof warf; er streikte einmal zwei Wochen lang, weil einer der politischen Häftlinge von einem Wärter geschlagen wurde und er verfasste einen Brief an die Staatsanwaltschaft, in dem er sich über die Lagerleitung beschwerte.

In diesem Jahr wurde der Schriftsteller Feliks Swetow "nur" zu 5 Jahren Verbannung wegen "antisowjetischer Agitation und Propaganda" verurteilt. Was erwartet ihn wohl noch?

Edith Dürer-Worobjoff

Studentendemonstrationen in Georgien

Studenten des pädagogischen Instituts in Kutaisi in der Georgischen SSR protestierten in einer Demonstration gegen die Verurteilung eines "sehr beliebten" Professors zu 3 Jahren Gefängnis wegen antisowjetischer Agitation und Propaganda.

Zur Lage der Kultur in Nicaragua

Teil I, Fortsetzung in der nächsten Nummer

von Pablo Antonio Cuadra
Chefredakteur der Oppositions-
zeitung "La Prensa", exclusiv
für OSTNACHRICHTEN.

In Nicaragua erleben wir
den dramatischen Kampf
einer Ideologie gegen eine
Kultur.

Die Ideologie hat bereits
jeden Anflug von Utopie
verloren, sie ist elementar
und grau geworden: ein Marx-
ismus-Leninismus, der den
dürftigen sowjetischen Vorstell-
ungen von Mensch und Gesell-
schaft entspricht. Diese
Vorstellungen passierten den
kubanischen Filter und
erwiesen sich - einmal in
die Wirklichkeit umgesetzt
- als vollendetes Fiasko,
das sich nur mit Hilfe totali-
tärer Propaganda aufrecht-
erhalten lässt.

Um unsere Lage ist es schlecht
bestellt (einmal vom Blick-
winkel der Kultur her be-
trachtet), wenn eine Ideologie,
um sich durchzusetzen, Frei-
heit und Kritik unterdrücken
muss, denn ohne diese Ele-
mente ist keine schöpferische
Arbeit denkbar.

Die Ideologie des Sandinismus
hat sich in anmassender
Weise als den Ausdruck der
"Moderne" präsentiert: ihr
Marxismus verkörpert ange-
blich den Fortschritt in allen
Bereichen, während die nica-
raguanische Kultur beschuldigt
wird, eine Tradition der
Fehlschläge zu sein. Das
"progressive" Feuerwerk
der Sandinisten leugnet in
unverantwortlicher Weise
die Geschichte: gut ist das
Neue, schlecht alles Bisherige.

Aber die Geschichte ist
nun mal keine ununterbrochene
Kette von Erfolgen. Es ist
zweifellos richtig, dass die
demokratische Tradition
Nicaraguas - essentieller
Bestandteil unserer Kultur
- eine Reihe von Fehlschlägen
ist. Aber nun besteht der
Kern unserer Geschichte
eben darin, dass fast alle
unsere Bürgerkriege und
internen Wirren missglückte
Versuche waren, Demokratie
zu schaffen.

All unsere Diktatoren ver-
kleiden sich als Demokraten
oder hissen doch zu Beginn
ihres Regimes die Fahne
der Demokratie vor dem
Hintergrund einer vorausge-
gangenen Pleite. Was wir
in der Geschichte geerbt
haben, ist eine Tradition
der Hoffnung auf Demokratie.
Es ist daher absolut nicht
"modern", diesen jahrhundert-
alten nicaraguanischen Wunsch

zu hintertreiben und eine
Diktatur zu errichten: sie
bietet genau das, was die
Kultur stets zurückgewiesen
hat, präsentiert als neu und
modern das alte Fiasko.

Das Traurige dabei: dieser
Fehl Schlag ist kongenialer
Bestandteil des Marxismus-
Leninismus. Es ist der Fehl-
schlag von Marx selbst,
der ein System entwarf,
um die Befreiung des Men-
schen zu vollenden und
schliesslich lediglich - dank
Lenin - erreichte, dass die
totalitäre und unterdrück-
teste Macht der Geschichte
entstand.

Dieser Fehl Schlag ist das
Ergebnis einer Dialektik,
die zu unserem Leidwesen
mit genau derselben brutalen
Logik in Nicaragua spielt,
die die eigentliche Bewegung
eine heroisch befreiende
Revolution gegen Somoza
war, eine Bewegung, die
uns durch marxistisch-lenini-
stische Deformation und Ent-
fremdung an den Ausgangs-
punkt zurückwarf - von der
Diktatur zur Diktatur.

Was bedeutet: von Somoza
hinterlassene Staatsmaschi-
nerie wurde zementiert, trau-
riges Resultat des Blutopfers
von Tausenden von Nicara-
guanern, die für die Freiheit
gestorben sind.

Aber das Paradox geht noch
tiefer: innerhalb dieser Be-
wegung verkörpert das Ideo-
gut und das schöpferische
Schrifttum der Mehrheit
unserer intellektuellen lei-
tmotivartig dieselbe Sehnsucht
nach Freiheit. Aufgrund
unserer eigenen kulturellen
Tradition wussten wir nur
zu gut, was ein alleitsits be-
wunderter Schriftsteller
- Gabriel Garcia Márquez
- in folgende lapidare Worte
kleidete: "Wenn man die
absolute Macht erlangt,
verliert man den Kontakt
zur Realität". Die absolute
Macht, das progressive Ideal
des Marxismus-Leninismus,
bedeutet nicht nur, den Staat
gegen die Kultur zu stellen,
sondern auch, sich der Wirk-
lichkeit des Landes zu ent-
fremden.

Die literarische Bewegung,
die die Revolution einleitete,
dachte niemals daran, einem
totalitären Staat das Wort
zu reden oder eine Macht
zu stärken, die schon über-
mässig war und noch weniger,
die Armen mit der kommuni-
stischen Formel der "Dikta-
tur des Proletariats" zu
erlösen.

So musste sich die "Ideologie"
vor einem zahlreichen Publi-
kum von Intellektuellen,
in einem eigentlichen Maskenball,
in Politikern und Akademikern.
Nie wurde die Wahrheit
offen ausgesprochen, sondern
immer geleugnet oder verhüllt.
Sogar heute noch sprechen
die sandinistischen Politiker
nur zum Teil eine klare
Sprache: einmal geben sie
dem Recht, der sie als Marx-
isten, Leninisten oder Kom-
munisten bezeichnet, am
nächsten Tag schon wieder
wird derselbe bestraft oder
ein Lügner geheissen.

Lange Zeit wurde "La Prensa"
zensuriert oder angefeindet,
sobald wir den totalitären,
marxistischen oder lenini-
stischen Charakter von Re-
gierungsmassnahmen oder
-handlungen herausstrichen.

Wenn wir etwas in Nicaragua
gelernt haben, dann dies:
der Kommunismus macht
Fortschritte, indem er sich
versteckt. Das ist, vom Stand-
punkt der Kultur aus betrach-
tet, eine schreckliche Haltung
und führt zu völliger Sterili-
tät.

Die Heuchelei und die Maske
können Slogans schaffen,
aber keine Gedichte, Propa-
ganda, aber kein Leben:
es gibt keine Wurzeln, keine
Realität, die eine solche
Schöpfung nähren könnte.
Das erklärt auch, weshalb
sechs Jahre sandinistische
Revolution so arm an litera-
rischen Schöpfungen waren,
gemessen an einer ungeheuer
fruchtbaren vorrevolutionären
literarischen Strömung, die
die Aufmerksamkeit der
Weltöffentlichkeit erregte.
Nicht nur politisch wurde
der ursprüngliche Plan der
nicaraguanischen Revolution
verraten, sondern auch im
Bereich von Literatur und
Kunst. Man hat sich am
Geist versündigt.

Ein bisschen Geschichte

Im November 1979, als die
Illusion der Einheit aller
Nicaraguaner um ein revo-
lutionäres Projekt noch Be-
stand hatte, organisierten
wir ein Symposium unter
dem Vorsitz von Erziehungs-
minister Ernesto Cardenal
und des argentinischen Schrift-
stellers Julio Cortázar, der
zu diesem Gespräch eigens
eingeladen worden war.
Das Thema: "Der Schriftsteller
und die Revolution". Sieben
nicaraguanische Autoren
- Vertreter aller Generationen
im aktiven Schaffungsprozess
von der Avantgarde bis zu
den jüngsten Tendenzen
- bildeten einen runden Tisch

Diese Ideen, die an dem
Symposium einhellige Zustim-
mung fanden, leiteten etwas
wirklich Originelles (und
selbstverständlich Ketzerisches
für alle totalitären Philo-
sophen) in der jungen nicara-
guanischen Revolution ein.
Ich erinnere mich noch,
dass zwei kubanische Dichter,
die in diesen Tagen nach
Nicaragua gekommen waren,
mit ihre überschwengliche
Freude bekundeten, ihren
Enthusiasmus ob dieser Be-
schlüsse zur schöpferischen
Freiheit und geistigen Unab-
hängigkeit, was unweigerlich
- so sagten sie - die Lage
in Kuba beeinflussen würde.

Leider ist das Gegenteil
eingetroffen: zwei Jahre
später, im Oktober 1982,
war die Abkehr von diesem
Engagement für die Freiheit
so weit gediehen, dass "Ven-
tana" (Fenster), die Kultur-
beilage der offiziellen Tages-
zeitung "Barricada", auf
ihrer Titelseite den alten
und an Mussolini gemahnenden
Ausspruch Fidel Castros
brachte: "Alles in der Revo-
lution, nichts gegen die Revo-
lution", dessen politische
und polizeiliche Folgerungen
einer beachtlichen Anzahl
von kubanischen Schriftstellern
und Künstlern Gefängnis
und Exil einbrachten.

Die Funktionäre, die die
offizielle Doktrin über die
Kultur entwerfen, oder -
besser gesagt - die erste
Maske der Freiheit abgelegt
und sich eine andere, etwas
strengere aufsetzten sollten
(vergessen wir nicht, dass
in der kommunistischen Taktik
Masken immer abgelegt
werden können), waren der
Kommandant Bayardo Arce
und Sergio Ramírez, Roman-
schriftsteller und Mitglied
der Regierungsjunta. Die
Zuhörerschaft bildeten Intellek-
tuelle aus dem ganzen Land
anlässlich des 1. Treffens
der Kulturschaffenden im
Februar 1980. In ihren An-
sprachen begann sich das
Orwellische Bild eines obersten
"Kommissars" abzuzeichnen,
der definiert, was die revo-

lutionäre Kultur zu sein hat, was erlaubt und was verboten ist: das heisst, man erklärt, das die Macht, weil sie die Macht ist, Übermenschen hervorbringt, Hochbegabte, die alle intellektuellen und Künstler des Landes auf eine erniedrigende Schulbank der ersten Klasse setzen kann, um ihnen vorzuschreiben, wie sie auszusehen und was sie zu tun haben; sie halten sich überdies für kompetent, den zukünftigen Verlauf der Kultur eines Landes festzulegen. Dies waren die ersten Befehle hin zu einer Militarisierung der Kultur.

Bayardo Arce erklärte: "Der Künstler muss Wege suchen, um die Werte, die uns das Epos von Sandino hinterlassen hat, zu verewigen. Wir (hierbei bezog er sich auf die Kommandanten: die Macht: die Revolution) möchten nicht noch einmal erleben, dass die Kultur dekadente Formen annimmt, wie wir sie gekannt haben". Hitler gebrauchte das Wort "entartet", um die gesamte Kultur der Avantgarde aus dem Lande zu verbannen.

Was wird wohl für den kunst-kritischen Staat | Nicaragua dekadent sein?

Sergio Ramírez pflichtete bei: "Wir können niemals die Existenz einer Kultur dulden, die sich vom revolutionären Prozess absetzt". Diese Worte erinnerten uns an einen Satz in Octavio Paz' Essay von 1956 (in "Der Bogen und die Leier" (1):

Das tragische und schmerzliche Beispiel hierfür waren und sind noch immer die Miskito-Indianer - mit katastrophalen Folgen für unsere Nation. Ein kulturelles und historisches Problem, das sich als unlösbar erwies, bis daraus ein Bürgerkrieg wurde, weil diejenigen, die es lösen sollten, ihre eigene Vergangenheit verleugneten und ihre Kultur missachteten.

Als 1981 die ersten Reibereien zwischen der Sandinistischen Front und den Miskito-Gemeinschaften einsetzten (1981), rief ich von der Redaktion von "La Prensa" aus zu einem Dialog zwischen den Vertretern der Misrasata, den Leitern der Parteien, und - als Vertretung der Sandinistischen Front und der Regierung - deren Behörden an der Atlantikküste auf. Die Führer der Miskitos legten ihre Klagen dar und, als sie ihre Bitten formulierten, wurde mir klar, dass das, was sie wollten, dem entsprach, was ihnen 1895 per Dekret zugestanden

worden war, als das Miskito-land Teil der Republik Nicaragua wurde: die Investitionen der Güter, die die Atlantikküste produziert, zu ihrem eigenen Nutzen; Respekt für ihre Religion, Sprache und Gebräuche; Wahl ihrer eigenen Behörden, Respektierung ihrer Wälder, Freiheit für einige Gefangene usw. Die Kommandanten stufen diese Formulierungen, trotz unserer Überlegungen und Argumente, als "Separatismus" ein und meinten, die Miskitos würden vom "Imperialismus" manipuliert. Es gäbe keine andere Art, mit ihnen umzugehen, als die starke Hand. Um die Dinge noch zu verschlimmern, sandten sie ihnen statt eigener Behörden Kubaner. So provozierte man den massiven Protest des Volkes von Bluefields und anschliessend, in einer Kette von Missverständnissen und Gewaltausbrüchen, die Auseinandersetzungen, den Massenexodus (ins Ausland), die Repression und übrigen Vorfälle, die dem Ruf der Revolution so geschadet haben.

Aber die Ideologie erlitt nicht nur Schiffbruch, weil sie unsere Kultur ablehnte oder verkannte, sondern auch wegen ihrem philosophischen Inhalt.

Der marxistische Kollektivismus ist, genauso wie der kapitalistische Individualismus, unvereinbar mit den Indio-Gemeinschaften. In Nicaragua dekretierte der liberale Diktator Zelaya 1906 die Auflösung der Indio-Gemeinschaften und ihrer kommunalen Landbesitzer. Der "Massenmensch" des Marxismus ist das Ebenbild des einsamen Menschen des Individualismus. Der Kommunismus ist staatssozialistisch, aber nicht gemeinschaftlich.

Wir haben die Leitlinien unserer leidenden, schmerzvollen hispanoamerikanischen und nicaraguanischen Kultur verraten. Indem wir uns zu Feinden des Imperialismus erklärten, haben wir einen realen und gefährlichen Verlust unseres Sinnes für Unabhängigkeit überdeckt. Indem wir uns zu Bannerträgern der Freiheit erklärten, verloren wir bei unserer Auffassung vom Staat die menschliche Dimension aus den Augen. Es ist wichtig, diesen doppelten Irrweg aufzuzeigen, denn all der historische Schaden, den die Sandinistische Front bringen kann, wird - wenn nicht rechtzeitig korrigiert - seine Wurzeln in diesem doppelten Irrtum haben. Scheinbar verteidigt der Sandinismus die Unabhängig-

keit unserer Kultur. Aber ein Modell abzulehnen und ein anderes zu wählen, das uns ebenso fremd ist, birgt zweifellos noch grössere Gefahren in sich, weil dies auf eine uneingestandene Auslieferung des eigenen Selbst hinausläuft, das keine Schranken mehr kennt. Zu Zeiten von Simón Bolívar sagten wir uns: wir wollen uns nicht von Spanien befreien, um einer anderen Herrschaft anheimzufallen. In diesen Zeiten Sandinos ergeht dieselbe Warnung: wir haben nicht gegen den Imperialismus der Yankees gekämpft, um uns einem anderen und noch schlimmeren Imperialismus hinzugeben, unter dessen Spiel keine Autonomie mehr möglich ist. Zu seinem Leidwesen ist es Nicaragua trauriges Schicksal, die Speerspitze Lateinamerikas zu seiner konfliktreichen Geschichte mit den Vereinigten Staaten zu sein. In diesem Konflikt aber liegt unsere Stärke (und auf lange Sicht unser Sieg) in der Behauptung unserer hispanoamerikanischen Identität und in der Stärkung unserer Kultur der Unabhängigkeit. Unser Anti-Imperialismus besteht darin, die Vereinigten Staaten zu zwingen, sich in ihren inneramerikanischen Beziehungen wie eine Demokratie zu benehmen. Weder ein Krieg, noch eine Allianz für den Krieg (noch Abhängigkeit von der anderen Grossmacht, damit diese ihren Sieg auf Kosten anderer erlangt), sondern die Allianz Lateinamerikas - Traum Bolívars und Traum Sandinos, um die Vereinigten Staaten zu einem zivilen Nebeneinander zu zwingen, beruhend auf Gleichheit und gegenseitiger Achtung.

Fidel Castro hat als Führer in diesem Kampf von zentraler Tragweite versichert, er rechtfertige den Verlust unserer Unabhängigkeit gegenüber dem zum Schachbrett Russlands wurde. Die Welt glaubte, die junge nicaraguanische Revolution war zu Kubas Fiasko wettmachend und im sozialen War eine eigene Antwort unserer Kultur der Unabhängigkeit heraus geben. Bis hier ist das nicht der Fall. Land von Rubén Darío obs noch immer die Unkultur des Plagiats.

Gleichzeitig glaubte hoffte Amerika - und ist das zweite Leitmotiv unseres doppelten Irrwegs - dass unsere Revolution den endgültigen Tod Patriarchen (3) bedeuten würde. Somozas Sturz sei zum Fanal werden, so magischen Zauberstabe unterschwelligen, aber im stärker werdenden Ström in unserer hispanoamerikanischen Kultur: der Patria (4) diese entartete, ungeheuerliche Form der Macht, unsere Geschichte im wieder gegen sich selbst hervorgebracht hat, so verschwinden.

(1) Octavio Paz
Der Bogen und die Leier
Frankfurt, 1983

(2) Rubén Darío (1867-19)
Nicaraguanischer Nationaldichter und Erneuerer spanischer Lyrik

(3) Anspielung auf den Roman "Herbst des Patriarchen" des Nobelpreisträgers Gabriel García Márquez, in dem das unruhliche Ende archetypischen lateinamerikanischen Diktators beschrieben wird.

Fortsetzung in der nächsten Nummer

Litauen:

Litauens jahrzehntelanger Kampf um die Unabhängigkeit

Litauen war seit der Mitte des 13. Jahrhunderts ein international anerkannter Staat und ein gleichberechtigter Partner Polens im

Am 12. Juli 1920 wurde in Moskau ein Friedensvertrag mit Sowjetrussland geschlossen. Im Jahre 1926 beschloss die Litauische Republik die Sowjetische Sozialistische Republik in einem Nichtangriffsabkommen, "die gegenseitige Souveränität und territoriale Eigenständigkeit und Unabhängigkeit anzuerkennen und verpflichteten sich in dem gegenseitigen Art von Aggressionen gegeneinander" zu enthalten.

Im Jahre 1939, kurz nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges, waren Litauen, Lettland, Estland, Finn-

und die Sowjetunion gute Nachbarn und Mitglieder des Völkerbundes. Sie waren gegenseitig gebunden durch die Völkerbund-Charta, durch ihre Friedens- und Nichtangriffsabkommen mit der Sowjetunion (die im Falle Litauens bis zum 31. Dezember 1945 galten), den Kellogg-Briand-Pakt und die Konvention zur Definition von Angriffshandlungen, die von der Sowjetunion angeregt worden war.

Dennoch, durch konsequente Ausführung des Molotow-Ribbentrop-Paktes und seiner geheimen Zusatzprotokolle, griffen das nationalsozialistische Deutschland und die Sowjetunion Polen an und führten dessen Teilung herbei, was den Beginn des zweiten Weltkrieges bedeutete.

Hier ist besonders anzumerken, dass Litauen, obwohl Deutschland die litauische Regierung durch Einschüchterung und Drohungen zwingen wollte, Deutschland und die Sowjetunion beim Angriff auf Polen zu unterstützen, sich standhaft weigerte, neutral blieb (trotz erheblicher territorialer Meinungsverschiedenheiten zwischen Litauen und Polen) und der polnischen Armee und den Flüchtlingen, unter ihnen tausenden von Juden, Schutz und Hilfe gewährte.

Am 15. Juni 1940 besetzte die Sowjetunion mit Einverständnis des nationalsozialistischen Deutschlands Litauen, installierte eine Marionettenregierung und verleihte Litauen am 3. August 1940 zwangsweise in die Sowjetunion ein.

Das litauische Volk hat niemals aufgehört, sich gegen die sowjetische Unterdrückung aufzulehnen und weigert sich bis heute, das sowjetisch koloniale Joch anzuerkennen. Der blutige Guerillakrieg von 1944 - 1954 erinnert an den heutigen Kampf gegen die sowjetischen Besatzer in Afghanistan.

Hauptsächlich Litauer waren die Unterzeichner des Baltischen Memorandums, das am 23. August 1979 in Moskau veröffentlicht wurde und das den Hitler-Stalin-Pakt von 1939 verurteilte und die Unabhängigkeit für die drei baltischen Länder forderte. In den letzten zehn Jahren hat es eine Reihe von Demonstrationen gegeben, die von relativ friedlichen bis gewalttätig reichten.

Die litauische Helsinki-Gruppe wurde am 25. November 1976 in Vilnius gegründet und obwohl sie durch Gefängnisstrafen, Verbannung und

Todesfälle dezimiert wurde, ist sie bis heute aktiv. Die von der Helsinki-Gruppe veröffentlichten Dokumente beschäftigen sich mit nationalen, religiösen und politischen Rechten.

Mit etwa 15 Zeitschriften und vielen anderen Publikationen hat Litauen heute die aktivste und größte Untergrundpresse pro Kopf der Bevölkerung im gesamten sowjetisch kontrollierten Teil Europas.

Das "Komitee zur Verteidigung der Rechte der Gläubigen" wurde im Jahre 1978 gegründet. Der Zweck war "die Aufmerksamkeit der sowjetischen Regierung auf Fälle von Diskriminierung gegen die Kirche und einzelne Gläubige zu richten. Priester und Gläubige über ihre Rechte aufzuklären und sie bei deren Verteidigung zu unterstützen, dafür Sorge zu tragen, dass die sowjetischen Gesetze und deren praktische Anwendung, soweit Angelegenheiten der Kirche und deren Gläubige davon betroffen sind, nicht in Konflikt mit internationalen Abmachungen der Sowjetunion geraten."

Der Kampf um religiöse Rechte ist ein wichtiger Bestandteil des litauischen Widerstandes. Die litauischen Katholiken haben eine gut organisierte Massenbewegung geschaffen, der verschiedene inoffizielle Zeitschriften zur Verfügung stehen, einschließlich der massgeblichen Chronik der Katholischen Kirche in Litauen.

Ein wichtiger Aspekt des litauischen Widerstandes ist der Kampf gegen den von vielen so verstandenen "kulturellen Völkermord", Moskaus systematischer Versuch, die überlieferte Kultur in ein fremdes Anhängsel seiner eigenen Kultur zu verwandeln. Die Mittel dieser Politik sind Zensur, Isolation, Fremdenfeindlichkeit und Russifizierung. Die Litauer sind sich besonders der Bedrohung ihrer Sprache bewusst: seit der sogenannten Konferenz von Taschkent im Mai 1979 ist eine offene Kampagne zur Umwandlung der litauischen Schulen in Zentren der Russifizierung im Gange.

In den Lehrplänen der Schulen wird die Geschichte der baltischen Länder entstellend und lächerlich gemacht.

Was die Rote Armee mit Bajonetten und Panzern begann, was die sowjetischen Sicherheitsorgane mit ihren Gerichten und Gefängnissen fortsetzten, wird nun durch

die Schulen fortgeführt. Die Aufgabe der Schulen ist die Festigung der russischen Herrschaft in allen unterdrückten Ländern, die Einimpfung der staatlichen Ideologie, die eine Ersatzreligion geworden ist, und die schrittweise Russifizierung.

Die Litauer in der freien Welt hatten die entstellte Geschichtsdarstellung der Sowjets richtigzustellen, wie etwa den kulturellen Völkermord und andere kulturelle, politische und religiöse Aspekte des Lebens unter sowjetischer Besatzung.

Um die wirklichen historischen Ereignisse festzuhalten, wurde in den Jahren 1953 - 1969 die Litauische Enzyklopädie in 36 Bänden in Boston veröffentlicht, und in den Jahren 1970 - 1978 sechs Bände in englischer Sprache.

Die Unterzeichner der Schlussakte von Helsinki von 1975 verpflichteten sich, ihre Verpflichtungen unter dem Völkerrecht guten Glaubens zu erfüllen, und bekannten sich zur vollständigen Durchsetzung der Grundrechte der Schlussakte.

Aufgrund dieser Prinzipien haben alle Menschen das Recht, in völliger Freiheit und wann und wo immer sie wollen, ihren internen und externen politischen Status ohne Einmischung von aussen selbst zu bestimmen und eine ihren Wünschen entsprechende politische, ökonomische, religiöse, soziale und kulturelle Entwicklung zu verfolgen (Erklärung zu den Grundsätzen der Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten).

Dag Hammarsköld sagte einmal: "Ohne Anerkennung der Menschenrechte werden wir nie Frieden haben."

Es ist zu bedauern, dass heute, 11 Jahre später, Grundsätze der berühmten Helsinki-Vereinbarungen nicht durchgesetzt werden können, nur weil die Sowjetunion Widerstand gegen Vereinbarungen leistet und in flagranter Weise gegen diese verstößt. Die UdSSR, die immer versucht, die Rolle des "Hüters" der nationalen Unabhängigkeit und territorialen Unverletzlichkeit der kleinen Staaten zu spielen, um die Länder der Dritten Welt zu beeindrucken und deren Unterstützung zu bekommen, ist eine der brutalsten Kolonialmächte der Welt.

Die meisten westlichen Demokratien weigerten sich ange-

sichts der flagranten und provozieren Aggression der Sowjetunion gegen Litauen und die anderen baltischen Staaten, die gewaltsame Annektierung Litauens anzuerkennen. In Übereinstimmung mit der Stimson Doktrin der Nichtanerkennung der Rechtmässigkeit einer Gebietsannektierung, die gewaltsam herbeigeführt worden ist, - und auch in Übereinstimmung mit den anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts. Sie erkannten den litauischen Staat als de jure existierenden und lediglich vorübergehend durch eine fremde Macht besetzten Staat an. Die diplomatischen und konsularischen Missionen des unabhängigen Litauens existieren und werden immer noch von vielen westlichen Ländern anerkannt.

Der britische Premierminister Winston Churchill erklärte in der folgenden Stellungnahme: "Wir haben die Grenzen Russlands von 1941 immer nur de facto anerkannt. Sie wurden in schändlicher Abmachung mit Hitler gewaltsam geschaffen."

Am 2. Dezember 1975 erklärte der kanadische Außenminister Maceachen, dass die Schlussakte den territorialen Status Quo in Europa in keiner Weise festschreibe, und dass insbesondere der Status Estlands, Lettlands und Litauens für Kanada hierdurch in keiner Weise verändert worden sei.

Frankreichs damaliger Präsident Giscard d'Estaing wies ebenfalls darauf hin, dass die Vereinbarungen der Schlussakte nicht "die Anerkennung von Situationen bedeuten, die auch andernorts nicht anerkannt worden wären."

Am 25. Oktober erklärte der gewählte Präsident Ronald Reagan: "Die offizielle Nichtanerkennung der gewaltsamen Einverleibung jener drei baltischen Staaten ist seit dem Jahre 1940 fester Bestandteil der amerikanischen Außenpolitik."

Am 14. Dezember 1982 verabschiedete der australische Senat eine Resolution, die das Recht der baltischen Völker auf Selbstbestimmung und freie ökonomische, soziale und kulturelle Entwicklung anerkannte.

Am 13. Januar 1983 verabschiedete das Europäische Parlament eine Resolution, in der beschlossen wurde, dass die ausserministerkonferenz der Europäischen Gemeinschaft die Baltische Frage vor den Dekolonialisierungsausschuss der Vereinten Nationen bringen wird.

Am 61. Jahrestag der rechtlichen Anerkennung der drei baltischen Republiken Litauen, Lettland und Estland durch die Vereinigten Staaten am 29. Juli 1983 veröffentlichte Präsident Reagan eine Stellungnahme, die durch die Vertretung der Vereinigten Staaten an die Teilnehmer der 33. Generalversammlung im September 1983 verteilt wurde, und die die Bedeutung des Selbstbestimmungsrecht der Völker und der baldigen Gewährung der Unabhängigkeit hervorhob. Der Präsident stellte fest: "Bis zum heutigen Tage hält der Kampf der baltischen Völker zur Erlangung ihrer Freiheit und ihres Selbstbestimmungsrechts an... Wir Amerikaner teilen die berechtigten Hoffnungen auf nationale Unabhängigkeit. Wir können nicht still sein angesichts der andauernden Weigerung der Regierung der UdSSR, diesen Völkern die Freiheit zu geben..."

Im gleichen Sinne unterstrich Lord Carrington, früherer Aussen- und Commonwealthminister Grossbritanniens (1979 - 1982), die politischen und moralischen Verpflichtungen des Westens gegenüber Osteuropas: "Wir müssen den komplexen moralischen und politischen Dilemmas,

die die Entwicklungen in Osteuropa für den Westen mit sich bringen, ins Auge sehen... Unser erstes und wichtigstes Anliegen müssen die Völker dieser Länder sein. Wir haben eine historische Verpflichtung und eine politische und moralische Verantwortung, auf ihrem Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung zu bestehen."

Der Aussenminister der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Dietrich Genscher, schrieb in der Herbstausgabe der Zeitschrift "Foreign Affairs" auf Seite 59: "Die westlichen Demokratien können und dürfen nicht schweigen angesichts der Unterdrückung der Freiheit in Mittel- und Osteuropa; auch und besonders hier müssen sie sich auf die Verwirklichung der Menschenrechte und des Rechts auf Selbstbestimmung einsetzen."

Die Frage der illegalen Besetzung Litauens durch die Sowjetunion wurde auch den Unterzeichnerländern der Schlussakte von Helsinki vorgelegt - in Helsinki (1975), Belgrad (1978), Madrid (1980) und Ottawa (1985).

Die feindlichen Handlungen der Sowjets gegen Litauen

sind ein Verstoß gegen das Völkerrecht, das bis heute anhält.

Das internationale Problem, das durch die Annektierung Litauens, Lettlands und Estlands entstanden ist, verlangt eine Lösung, die auf der Erfüllung der internationalen Verpflichtungen der Sowjetunion und anderer Mitglieder der internationalen Gemeinschaft basiert, in voller Anerkennung der Rechte auf Selbstbestimmung, die die Sowjetunion durch die Unterzeichnung folgender Verträge anerkannt hat:

Die Atlantik Charta, die Charta der Vereinten Nationen, die Menschenrechtsdeklaration, den Internationalen Vertrag zu ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechten, den Internationalen Vertrag zu bürgerlichen und politischen Rechten, die Schlussakte von Helsinki vom 1. August 1975 und andere bindende internationale Dokumente.

Die Sowjetunion fährt in ihrer imperialistischen Politik fort, die grundlegenden Freiheits- und Menschenrechte den Menschen im besetzten Litauen vorzuenthalten.

Litauen trägt heute alle Kennzeichen eines nach

kolonialen Musters regierten Landes:

Wirtschaftliche Ausbeutung, Aufzwingung von fremden kulturellen Bräuchen und Werten, religiöse Verfolgung, Verweigerung der Menschenrechte und Russifizierung.

Das kommunistische System in Litauen hat keinen Rückhalt im Volk und wird durch Untergrundpublikationen, religiöse Manifestationen u.ä. scharf angegriffen.

Im Jahre 1943 wurde das Oberste Komitee für die Befreiung Litauens als Widerstandsorganisation gegen die national-sozialistische Besetzung gegründet. Aber durch die Niederlage Deutschlands und die gewaltsame Reannektierung Litauens durch die Sowjetunion ist die Wiederherstellung der litauischen Souveränität als freie demokratische europäische Nation zur Hauptaufgabe des Komitees geworden. Die Litauer werden die Versklavung durch die Sowjetunion niemals hinnehmen. Es wird keinen Frieden in Europa geben, ehe nicht die Unabhängigkeit der baltischen Staaten wiederhergestellt ist.

Dr. K. Bobelis

Lettland:

Proteste gegen zunehmende Diskriminierung der lettischen Kultur

Die beiden bekanntesten Schriftsteller Lettlands, J. Peters und I. Ziedonis, protestierten unlängst mit vorsichtig formulierten, in der Sache jedoch bestimmten Worten gegen die unter dem Deckmantel des "Internationalismus" durchgeführte zunehmende Russifizierung Lettlands und dessen Kulturlebens.

Empörung hatte in weiten nationalen Kreisen Lettlands insbesondere das Auftreten eines Chores der Roten Armee auf einem Sängerfest im Sommer 1984 in Riga hervorgerufen, der in Uniform und mit Gewehren mit aufgefingerten Bajonetten auf die Bühne vor fast 40.000 in festliche Volkstrachten gekleideten Sängerinnen und Sänger marschierte und somit demonstrativ die wahren Machtverhältnisse in Erinnerung rief.

Zum Hintergrund: trotz der seit nunmehr über 40 Jahre andauernden Okkupation Lettlands durch die UdSSR ist das Nationalbewusstsein der Letten - ihr Anteil an der Bevölkerung ist inzwischen auf ca. 52% gesunken - ungebrochen und äussert sich u.a. in der unerschöpflichen lettischen Folklore und einer auf höchstem Niveau stehenden Chormusik. Ausdrück dafür sind die alle 3-4 Jahre stattfindenden Sängerfeste, die seit über 100 Jahren veranstaltet werden.

So beklagte der bekannteste lettische Dichter Imants Ziedonis (geb.1933) "den Mangel an politischem Geschmack und Fingerspitzengefühl sowie die Unausgewogenheit des Verhältnisses zwischen lettischen und nicht-lettischen Liedern bei der

Auswahl des Repertoirs, bei dem wir mehr nehmen als geben". Erst an 9. Stelle einer Volkstanzaußführung habe eine lettische Darbietung gestanden. I. Ziedonis weiter: "Ein lettisches Sängerfest, auf dem wir dagegen mehr geben als nehmen und unseren Brudervölkern die wahren Werte der lettischen Kultur zeigen - ohne an Primitivismus grenzenden Pathos und ohne einen aufdringlichen Internationalismus - ist bisher nur mein unerfüllter Traum".

An anderer Stelle rief der 1. Sekretär des offiziellen Schriftstellerverbandes Janis Peters (geb.1939) die kulturpolitischen Institutionen auf, die "seit Jahren stetig sinkende Zahl von Veröffentlichungen lettischer Originalliteratur - dem Rückgrat unserer Kultur - zu beenden, um eine geistige Stagnation unseres Volkes zu verhindern".

Diese wohl abgewogene, aber deutliche Kritik der beiden bedeutendsten zeitgenössischen Schriftsteller Lettlands führten zu einer scharfen Reaktion des Leiters der Abteilung Kultur im ZK der KP Lettlands A. Goris im Zentralorgan der Partei "Cina" (Kampf), in

dem er beiden u.a. vorwarf, "öffentlich die objektiven Gegebenheiten der Nationalitätenpolitik der UdSSR noch immer nicht begriffen zu haben". Die weitere Internationalisierung - ein Schlagwort, hinter dem sich eine z.T. raffinierte Russifizierungspolitik verbirgt - sei ein objektiver, von der KP gesteuerter und nicht mehr aufzuhaltender Prozess...

Defizit bei der Erfüllung der Helinki-Schlussakte

Einen starken Nachholbedarf bei der Entwicklung des gegenseitigen Tourismus offenbart ein Artikel des Parteiorgans "Cina".

In einem Interview teilte der Vorsitzende der staatlichen Touristikorganisation S. Jaškulis mit, dass in den ersten 8 Monaten des Jahres 1985 33.000 Ausländer - einschliesslich Bürger der Ostblockstaaten - Lettland besucht hätten, d.h. 1.500 mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Dagegen konnten im gesamten Jahr 1983 nur etwas mehr als 9.000 Einwohner Lettlands in das Ausland fahren.

Wegen Korruption entlassen

Unlängst wurden exemplarisch 2 höhere Vertreter der Partei-hierarchie ihrer Ämter ent-hoben und öffentlich an den Pranger gestellt:

- Zinaida Resne, Ministerin für "soziale Absicherung", nur 9 Monate im Amt, Mit-glied des ZK der KP, gefeuert wegen schwerer Verfehlungen, Korruption und Begünstigung in ihrer 14-jährigen vormaligen Funktion als 1. Sekretärin der Parteiorganisation von Ogre bei Riga, KGB-Vorsitzender während dieser Zeit und somit mitver-antwortlich für die reichlich

späte Entlarvung der Ministe-rin; der jetzige KP-Chef Lettlands - Boris Pugo...

- Pavils Krūmīns, langjähriger 1. Sekretär der KP von Val-miera (Wolmar), Inhaber des Rotbannerordens der UdSSR, Mitglied des ZK und Deputierter des Obersten Sowjet von Lettland, zuletzt Vorsitzender des Gesamtver-bandes der Verbraucherorga-nisation der Republik, aus der KP ausgeschlossen "wegen Verfehlungen, die nicht verein-bar sind mit der "Ehrenbe-zeichnung 'Kommunist' ".

Lettische Musikerfamilie in Algerien verschwunden

Der lettische Cellist Viesturs Vecbāstīks, seine Ehefrau, die lettische Harfistin Dagnija Zilgalve und ihre 6 Jahre alte Tochter werden seit November 1985 in der Volks-republik Algerien vermisst. Freunde der Familie vermuten, dass der sowjetische Geheim-dienst KGB den Cellisten verhaftet und in die Sowjet-union zurückgebracht hat. Die Nachbarn haben dem Vernehmen nach gehört, wie sowjetische Agenten vor dem Abführen zu Vacba-stīks gesagt haben, er könne sein Musikinstrument dalassen, weil dort, wo er hinkäme, bräuchte er kein Cello.

Die Vacbāstīks waren im Rahmen des Kulturaustausches

seit 1982 als Mitglieder der Kulturabteilung des sowjetischen Beraterkontin-gents in Algerien. Sie lehrten an dem staatlichen Konservator-ium und halfen, ein Orches-ter dort aufzubauen. Der Cellist Vecbāstīks hatte 1972 die Cello-Klasse des staatlichen Konservatoriums Lettlands in Riga absolviert und 1981 in Erwan bei Prof. Komitas die Assistenten-prüfung bestanden. Seine Frau Dagnija Zilgalve hatte mit summa cum laude 1976 das staatliche Konservatorium Lettlands in Riga absolviert und anschließend an dem staatlichen Konservatorium in Moskau die Assistenten-prüfung bestanden. Ihre 6-jäh-rige Tochter durfte sie nach Algerien begleiten.

Das Personenkarussell dreht sich weiter...

Die unter dem neuen KP-Chef B. Pugo begonnenen Kader-säuberungen werden unver-mindert weitergeführt. Die neuesten prominentesten Opfer:

- E. Auškaps, Lette, für die Industrie zuständiger KP-Sekretär, seit 1975 im Amt, ersetzt durch den Russen O. Anfimov. Ausgewechselt wurden 3 weitere Mitglieder des 11-köpfigen Politbüros der KPL, in dem seit knapp 2 Jahren nur noch 4 im Amt belassen wurden.

- der sog. "Aussenminister" ohne jegliche Kompetenzen der Sowjetrepublik. Somit

ist seit dem Machtantritt von B. Pugo die Hälfte der 26 Minister entlassen. Mehr-ereren wurde namentlich die Amtsenthebung angedroht, falls sich die Planerfüllung nicht drastisch bessere.

- die Chefredakteure der beiden sehr populären, weil relativ liberalen Zeitschriften "Literatur und Kunst" und "Kunst", in denen relativ häufig kontroverse und sogar erstaunlich kritische Ansichten und Diskussionen erscheinen durften.

- der Vorsitzende des staat-lichen Komitees für Rundfunk und Fernsehen.

- Die gesamte Führungsspitze der KGB-Tarnorganisation "Komitee für kulturelle Be-zeihungen mit den Letten im Ausland", dessen Aufgabe es ist sämtliche Kontakte lettischer Emigranten mit ihrer Heimat zu kontrollieren und in KGB-genehme Bahnen zu lenken. Ihr langjähriger Vorsitzender und KGB-Oberst I. Lesinskis hatte vor einigen Jahren im Westen um poli-tisches Asyl gebeten und ausführlich über seine ehe-malige Tätigkeit berichtet; I. Lesinskis ist am 23.12.1985 in den USA, wo er unter neuer Identität lebte, an neuer Identität gestorben.

Polen:

Polnische Stahlarbeiter aus Nowa Huta präsentieren Sieben-Punkte-Programm, das zum Generalstreik führen soll

Endziel: ein freies Polen in den gegenwärtigen Grenzen

Nowa Huta/Wien. Die "Stahl-arbeiterkommission der Ge-werkschaft Solidarność im Untergrund" formulierte Ende vergangenen Jahres ein Mehrpunkteprogramm, das unter den Arbeitern der grössten Hüttenstadt Polens, Nowa Huta, einer Hochburg der Solidarność, viel Beachtung fand und lebhaft Diskussionen auslöste. Die Thesen belegen, dass von politischer Depression in Polen nicht die Rede sein kann. Wengleich die Programmthesen manche Fragen offenlassen, die die geopolitische Realität Polens betreffen, sind sie von hohem Interesse, zeigen sie doch den Wunsch eines wichtigen Teils der Arbeiterschaft Polens nach einer freimarkt-wirtschaftlichen Orientierung. Im folgenden dokumentiert OSTNACHRICHTEN die Programmthesen.

Programmthesen des TKHZ

Das Ergebnis der Konfron-tation zwischen den kommu-nistischen Machthabern und dem Volk vom 13. Oktober 1985 ist eindeutig. Der Wahl-boycott in Nowa Huta, wo die Mehrheit nicht an den Wahlen teilgenommen hat, sowie die Strassendemon-strationen in Danzig haben be-wiesen, dass in zwei aktiven Zentren der freien Gewerk-schaftsbewegung die Herr-schaft der PVAP nicht akzep-tiert ist, was ein wichtiger Grund für unsere weiteren Aktivitäten bedeutet.

Vereinbarungen und Verhand-lungen mit den Kommunisten sind sinnlos. Mit illegalen und selbsternannten Macht-habern darf man nicht ver-handeln, sondern muss alle Mittel benutzen die illegalen Machthaber los zu werden.

Das übergeordnete Ziel unse-rer Aktivitäten ist die Freiheit und Unabhängigkeit Polens. Erst ein freies und unabhän-giges Land, mit einer frei ge-wählten Regierung kann die Existenz freier und unab-hängiger Gewerkschaften sichern.

Wir betrachten die katholische Kirche als Bundesgenossen. Man darf aber eine aktive Unterstützung seitens der religiösen Institutionen nicht erwarten, wir aber können die kirchlichen Aktionen bezüglich der moralischen Erneuerung und der Selbsthilfe unterstützen. In unserem "langen Marsch" zur Freiheit, zur Unabhängigkeit und zu politischem und gewerkschaft-lichem Pluralismus legen wir speziellen Wert auf:

1. den dauerhaften Ausbau der politischen Strukturen, die zu selbstständigen Aktivi-täten führen werden.
2. die Aufrechterhaltung eines leistungsfähigen Infor-mationssystems und die Ver-breitung der freien Untergrund-presse.
3. Der Ausbau von Bibliotheken und Selbstbildungszirkeln im Untergrund
4. Die Weiterführung der freien gewerkschaftlichen Aktivitäten

5. Die Sammlung der Beiträge, die Organisierung der Schulfestivals und anderer sozialer Aktivitäten.

6. Wir verzichten auf spektakuläre Aktionen wie Massenversammlungen, Strassendemonstrationen, Flugblätterverteilung.

Diese Aktionen sollen aber im beschränkten Umfang und vor allem innerhalb von Betrieben stattfinden.

7. Wir setzen den Ausbruch der spontanen Unzufriedenheit als eine reale Alternative voraus. Eine der möglichen Formen ist ein Generalstreik. Wir müssen darauf vorbereitet werden. Wir lehnen jeglichen Kompromiss und Vereinbarungen mit dem Regime ab.

Ein Generalstreik soll zur Machtübernahme durch eine frei gewählte Regierung führen.

Während der Übergangsperiode soll die Macht in die Hände jener politischen Gruppierungen, die "Solidarność" nahesteht, übertragen werden.

Es ist dringend notwendig, eine repräsentative politische Vertretung ins Leben zu rufen, z.B. eine provisorische Regierung. Wie werden diese Bestrebungen unterstützen, damit eine glaubwürdige Vertretung des polnischen Volkes auf nationaler und internationaler Ebene entsteht.

Wir sind uns bewusst, dass die Auseinandersetzungen um die künftige wirtschaftliche und politische Ordnung

sehr erschwert ist. Trotzdem dürfen wir nicht auf sie verzichten, oder sie einfach verschieben. Wir müssen unsere Zielsetzung klar formulieren, um die Zukunft des polnischen Volkes real gestalten zu können.

Als Mitglieder und Aktivisten von "Solidarność" unterstützen wir alle politischen Gruppierungen, die in ihren Programmen voraussetzen, dass:

- der Pluralismus auf politischer, gewerkschaftlicher und ökonomischer Ebene gewährleistet wird.

- die Regierung durch freie Wahlen zustande kommt.

- der polnische Staat in den gegenwärtigen Staatsgrenzen und ohne Gebietsan-

sprüche gegenüber den Nachbarn bestehen wird.

Es ist klar, dass das künftige freie Polen auf die finanzielle und technologische Unterstützung der freien Welt angewiesen sein wird.

Wir glauben, dass das Zusammenwirken von freier privater Initiative, freien Marktmechanismen, freiem Wettbewerb, ökonomischem Pluralismus zu verschiedenen Eigentumsformen führen, und die notwendigen Voraussetzungen für den Wiederaufbau der Volkswirtschaft, des Staates und der polnischen Gesellschaft insgesamt, bringen wird.

- die Regierung durch freie Wahlen zustande kommt.

- der polnische Staat in den gegenwärtigen Staatsgrenzen und ohne Gebietsan-

Tschechoslowakei:

Einige Gedanken nach dem Budapester Forum

Die tschechoslowakische Bürgerinitiative Charta 77 lässt keine Gelegenheit vergehen, ohne auf die schwerwiegenden gesellschaftlichen Probleme im Lande aufmerksam zu machen. Das Budapester Forum gab neuerlich Anlass die sog. Kulturpolitik des Prager Regimes näher zu beleuchten.

Die Invasion der Warschauer-Pakt-Staaten im August 1968 brachte eine neue Nomenklatura an die Macht: bewundernswürdige rückgratlose Politikroboter, sowie sture, unbeherrschbare Bewunderer der UdSSR.

Es ist anzunehmen, dass die sowjetergebenen Dogmatiker die politische Entscheidungsgewalt in ihren Händen festhalten und alle wichtigen Regierungsakte inspirieren. Trotzdem wäre es übertrieben in diesem Zusammenhang von einer treibenden Kraft im Lande zu reden. Wir befinden uns nämlich in einem Land, wo sich nichts bewegt, wo alles auf die Erhaltung und Festigung der bestehenden Verhältnisse aus ist.

Die Regierung mag und verwöhnt nur jene Geisteswissenschaftler und Kulturschaffende, die für ihren blinden und allgegenwärtigen Selbsterhaltungstrieb Verständnis zeigen, bzw. es vortäuschen.

Allein dafür werden sie von der Regierung mit überdurchschnittlichem Einkommen und unerhörten Sozialleistungen belohnt. Dabei sind sie auch die Sorge los, ob ihre Werke beim Publikum überhaupt ankommen. Die Stimme des kritischen Publikums ist im realsozialistischen Land völlig unwichtig. Man muss vor allem auf die letzten offiziellen Richtlinien des Politbüros achten, dann kann bestimmt nichts schiefgehen. Einen guten Magen braucht man schon dazu. Der wird bei diesem Beruf mehr beansprucht als der Kopf.

Zwei Beispiele: Ein regimetreuer Historiker zu sein, bringt eine bestimmte Arbeitsmethode mit sich. Sie heisst "Klassenkampf" und ermöglicht in Sekundenschnelle komplizierteste geschichtliche Vorgänge zu erhellen. Wie einfach!

Wozu sollte man sich mit den Motiven einzelner historischer Gestalten abquälen, wenn es ohnehin klar ist, warum sie so oder so gehandelt haben. Der Klassenkampf, das Wunderkind des historischen Materialismus, versetzt den marxistischen Geschichtsschreiber in die glückliche Lage, über die historischen Ereignisse besser Bescheid zu wissen als die daran beteiligten Personen selbst. Wer könnte

schon der Versuchung widerstehen, mit so geringem Aufwand das Geheimnis der Geschichte auszuloten?

An den Dichter werden ebenfalls keine übertriebenen Ansprüche gestellt. Er hat es im realen Sozialismus nicht nötig sich in die Abgründe seiner Seele zu vertiefen und von hier Anstöße emporzufördern, die für ein menschliches Dasein neue Horizonte erschliessen. Im realen Sozialismus tut man so was nicht. Man könnte dabei auf verschiedene Gedanken kommen - nein, das ist nun wirklich nicht notwendig...

Jeder marxistische Dichter weiss doch, dass die bessere Zukunft der Menschheit mit dem revolutionären Kampf hereinbricht.

In den realsozialistischen Ländern ist sie bereits etabliert, gleichsam mit Händen greifbar, der Dichter darf (soll!) sie lang und breit hochjubeln.

Vor lauter Glück vergesse man das miserable Schicksal jener Völker nicht, die von den gewinnsüchtigen Kapitalisten weiterhin schamlos ausgebeutet werden. Seien wir mit ihnen solidarisch! Jede Bewegung, die gegen die kapitalistische Ordnung ankämpft, ist als Vorbote

einer besseren Zukunft zu begrüßen. Am innigsten natürlich diejenige, die zum eigenen Quell der Wahrheit (Marx, Lenin) vorgedrungen ist: hier ist, sozialistischer Dichter, dein Betätigungsfeld. Du brauchst das Licht nicht zu suchen, blicke nach Osten: da ist es doch! Oder siehst du es nicht?

Es gibt in jedem Land gute Künstler, die über ausserordentlich leistungsfähige Mägen verfügen, als solche, die uns durch die Leistung ihres schöpferischen Geistes beeindrucken. Die letzteren bereiten dem Prager Regime unlösliche Probleme.

Zur Zeit versucht man beharrlich eigenständig Künstler in den gleichen Sack wie die Kriminellen zu werfen, vor Gericht stellen und schliesslich ins Gefängnis zu stecken. (Vermutlich sieht der Gedanke dahinter, die Künstler mit den losen ethischen Normen der Kriminellen zu infizieren, damit sie gefügiger werden.) Die Anklagen stehen sämtlich auf sehr wackligen Beinen, doch das Vergehen der unbesessenen Künstler darf nicht unbestraft bleiben; sie haben sich der Blasphemie schuldig gemacht, sie sind gegen die "ewige Wahrheit" Sturm gelaufen!

(Eine Frage: was sollten sie denn tun, nachdem sie die zur ewigen Wahrheit sanktionierte Ideologie als Werk fehlbarer Menschen identifiziert haben?)

Solange es in der Tschechoslowakei Leute gibt, die um der Wahrheit willen ihre materielle Existenz, oder gar ihre Freiheit aufs Spiel setzen, ist es um die tschechische und slowakische

Kultur nicht so schlimm bestellt, wie man vielleicht nach der offiziellen Kulturproduktion urteilen könnte.

Der Brief namhafter CSSR-Schriftsteller an das Budapest Forum bezeugt neuerlich das Selbstverständnis und die Lebenskraft tschechoslowakischer Künstler, die ihr Gewissen nicht verstaatlichen lassen.

LIBUSA

Staatsinteresse über alles

In Prag sind neue Störsender in Betrieb genommen worden. Bundesdeutsche Studenten, die von einem Studienaufenthalt in der CSSR, in ihre Heimat zurückgekehrt sind, haben neben Informationen auch Bilder von einer dieser Anlagen in den Westen mitgebracht.

Eine dieser Störanlagen befindet sich auf einer Anhöhe bei Petrin. Sie sendet Kreiswellen aus um den Empfang der Rundfunkstation RFE (Radio Freies Europa) für

die Bevölkerung der CSSR unmöglich zu machen. Die Stärke des Störsignals ist so hoch, dass die Bewohner der umliegenden Studentenheimen (Strahov) bereits gesundheitlich geschädigt wurden.

So wurde es notwendig alle Studentinnen umzusiedeln, nachdem bei ihnen Unfruchtbarkeit und Menstruationsstörungen diagnostiziert wurden, deren Ursache die Kreiswellen des Störsenders sind.

Wie man richtig tauscht?

Unter den auf der Glienicker Brücke in Berlin, am 11.2.1986 ausgetauschten Personen befand sich auch ein Tscheche, Jaroslav Javorski.

Dieser Mann flüchtete aus der CSSR in die Bundesrepublik Deutschland. Nach einiger Zeit kehrte er in seine Heimat zurück, hier wurde er von den CSSR-Behörden festge-

nommen und wegen Fluchthilfe zu 13 Jahren Haft verurteilt.

Professionelle Spione, die auf Bestellung bereit sind, Staatsgeheimnisse jeder Art zu liefern, gegen Leute, die endlich einmal frei aufatmen wollen - so tauscht man richtig!

Libusa

Buchbesprechung: Staat und Kirche im "realen" Sozialismus Recht und Wirklichkeit László Révész, 232 Seiten

In seinem neuen Buch untersucht der Autor das Spannungsfeld zwischen Staat und Kirche in der Sowjetunion, das Buch mit Gewinn zur Hand. Der Schlussabschnitt mag als Hinweis auf die Wichtigkeit dieser Arbeit offiziellen Status der Kirche mit der Wirklichkeit, wobei es an sich verwunderlich ist, dass es nach über 60-jährigem atheistischen Kampf gegen die Kirche gesetzliche Bestimmungen für die staatlich-kirchlichen Beziehungen überhaupt gibt. Grundsätzlich gilt das sowjetische Muster für alle Oststaaten; indessen gibt es von Staat zu Staat Unterschiede in dessen Interpretation und Anwendung.

Die Trennung von Staat und Kirche gilt als oberstes Prinzip. Wer indessen glaubt, dass mit diesem Ordnungsprinzip der Kirche ein gewisser Freiraum und eine Einflussmöglichkeit auf die soziale Entwicklung eingeräumt würde, sieht sich durch die Darstellung von Prof. Révész auf den Boden einer bitteren Realität gestellt.

Lesern, denen das Schicksal der Kirche nicht gleichgültig ist, nehmen das Buch mit Gewinn zur Hand. Der Schlussabschnitt mag als Hinweis auf die Wichtigkeit dieser Arbeit dienen:

"In westlichen kirchlichen Kreisen gibt es mehrere Gruppierungen, welche mit dem Sowjetstaat oder mit den zuständigen Organen der einzelnen sozialistischen Staaten Kontakte pflegen und welche an den Moskauer Religionskonferenzen teilnahmen. Einige davon betonten anschließend, die Religionsfreiheit in der UdSSR sei gewährleistet. Diese Leute sollten jedoch Recht und Wirklichkeit in den sozialistischen Staaten an den diesen unterzeichneten internationalen Verträgen und an dem eigenen Rechtssystem messen. Täten sie dies, so sähen sie, wie sehr Kirche und Gläubige tatsächlich diskriminiert sind."

Das Buch zeichnet ein lebendiges Bild der andauernden Auseinandersetzungen zwischen marxistischer Politik und kirchlicher Selbstbehauptung.

Gemeinschaftsproduktion mit Günter Olzog Verlag München und Verlag SOI Bern, 232 Seiten, broschiert, Sfr. 28.--, DM 30.40

TSCHÉCHISCHE
UND SLOWAKISCHE
BÜCHER. SCHALLPLATTEN

PETR PASTRŇÁK

LINDENG 5
A 1070 WIEN
TEL. 96 37 79

Mo	10 - 12	15 - 18
Di	10 - 12	15 - 18
Mi	10 - 12	15 - 18
Do	10 - 12	15 - 18
Fr	10 - 12	15 - 18
Sa	9 - 12	-

Ich interessiere mich für OST NACHRICHTEN und bestelle

Bitte anfragen

1/2 ABO (12 AUSGABEN) FÜR DM 20,-
(eincl. Porto; Abokosten Österreich 05 280.-; Schweiz 27 Franken)

1 ABO (24 AUSGABEN) FÜR DM 38,-
(eincl. Porto; Abokosten Österreich 05 280.-; Schweiz 35 Franken)

Name

Anschrift

Land

Unterschrift

Dokument der Charta 77

Nr.2/86

An die Familie Jaroslav Sowohl durch das Gewicht
Seifert's seines Werkes als auch durch
seine Zivilcourage wurde

Es ist passiert, was wir Seifert zum inoffiziellen
alle fürchteten, was wir Oberhaupt unserer Kultur-
lieber nicht wahrhaben woll- szene, ihre höchste moralische
ten. Das Züngeln an dem Autorität.
Seismographen der Poesie Nun sind wir verwaist und
schlug plötzlich nach oben es ist uns sehr trist zumute.
aus, weil unser Land ein Wir alle, wirklich alle möchten
Dichter verliess. ihn verabschieden. Denn
diejenigen, die die Autorität
des Geistes über die der
Macht stellen, haben einen
wahren Fürst verloren.
Wir drücken Ihre Hand.

Er war der letzte aus einer Reihe glänzender Persönlichkeiten, die mit ihrem jugendlichen Geist und künstlerischer Reife den Neubeginn unseres nationalen Lebens nach 1918 glücklich beeinflussten. Seit dieser Zeit begleiten uns Seifert's Verse in guten wie in schlimmen Zeiten. Schliesslich bekam er von der kulturellen Weltöffentlichkeit die höchste Auszeichnung. Der Dichter nahm sie und legte zu den sie Füßen seiner Muse.

Seifert schuf mit der Selbstverständlichkeit eines Mozart, die manche vielleicht irritierte. Genauso irritierte seine angeborene Friedfertigkeit, seine Freundlichkeit zu den Menschen, seine Art zu verzeihen. Flüchtige Beobachter sahen daher in ihm nur einen Idylliker. Aber kaum einer von denen nahm so viele bittere Auseinandersetzungen mit Unrecht und Dummheit (im kulturellen wie im bürgerlichen Bereich) auf sich, wie eben Jaroslav Seifert. Und kaum einer von denen zeigte so beharrlichen und über lange Zeit hinaus andauernden Mut.

Prag, am 10.1.1986
Anna Sabatova
Martin Palous,
Jan Stern
Sprecher der Charta 77

Das Gedicht, das OSTNACH-
RICHTEN übersetzte, wurde
dem Treffen der Nobelpreis-
träger im Oktober 1985
gewidmet. Es ist wahrscheinlich
das letzte Gedicht von J.
Seifert.

Der Traum

Als Kind und auch als Bube hatte ich einen seltsamen Traum.

Ich habe ihn bis heute, einen erdrückend beklemmenden, aber auch hoffnungsvoll aufregenden Traum.

Ich suche ein Schlüsselbund. Schlüssel, mit denen man alle Schlösser aufsperrn kann, die Tür zum Wohlstand, das Tor zum Paradies. Es sind aber keine Sperrhaken, sie ähneln auch nicht den Sperrhaken. Sie knirschen nicht in den Schlössern, sie sind nicht aus Eisen, sie sind nicht aus hartem Stahl, sie sind nicht aus Metall. Dies macht ihr Geheimnis aus.

Nach dem Aufwachen lachte ich mich selber aus. Wie wäre so was möglich! Aber jetzt weiss ich, dass es sie gibt. Und drei sind es:

Der erste ist der Friede unter den Völkern.
Der zweite ist die gewaltlose Regierung.
Der dritte ist der Friede in der Seele.
Mögen sie sich alle zusammenfinden!

Jaroslav Seifert

OSTNACHRICHTEN

Impressum:
Offenlegung gem. §25 des Mediengesetzes
Herausgeber, Verleger und Chefredakteur Aigis Klimaitis.
Redakteure:
Dr. Edith Dürer-Woroboff
Veronika Klimaitis
Mag. Jiri Nemeč
Vladimir Pilman
Stefan Tabakoff

Unternehmensgegenstand: Mit Osnachrichten sollen Nachrichten, Analysen und Kommentare aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft aus der Sicht von Journalisten, die aus Mittel- und Osteuropa stammen, übermittelt werden.
Grundsätzliche Richtung: Unabhängig und überparteilich.
Für eine Förderung der Zusammenarbeit der demokratisch-pluralistischen Bewegungen Mittel- und Osteuropas sowie deren Exponenten im Exil.

P.b.b.
Verlagspostamt 1130 Wien/ Erscheinungsort
Wien

Bei Nichtzustellung zurücksenden an
Osnachrichten, 1173 Wien, Postfach 5